

Die Wirtschaft der Gesellschaft Jahrbuch 5

Herausgegeben von:

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft,
Heidelberg

Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und
Gesellschaftsethik, Frankfurt am Main

Bislang erschienen

Jahrbuch 1: Den Geldschleier lüften! Perspektiven auf die monetäre Ordnung in der Krise, 2013

Jahrbuch 2: Umweltgerechtigkeit: Von den sozialen Herausforderungen der großen ökologischen Transformation, 2016

Jahrbuch 3: Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende? Arbeiten in einer Postwachstumsgesellschaft, 2017

Jahrbuch 4: Stadtluft macht reich/arm. Stadtentwicklung, soziale Ungleichheit und Raumgerechtigkeit, 2018

John Stuart Mill heute

Herausgegeben von

Hans G. Nutzinger und Hans Diefenbacher

Metropolis-Verlag
Marburg 2018

- (1893): Die Volkswirtschaft, Die Volkswirtschaftslehre Und Ihre Methode. Frankfurt/Main: Klostermann
- (1898): „Wechselnde Theorien und Feststehende Wahrheiten“, in: Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre. Leipzig: Duncker & Humblot
- (1900): Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Bd. 1. 2 Bde. Leipzig: Duncker & Humblot
- Schumpeter, Joseph A. (1954/1994): History of Economic Analysis. London: Routledge
- Shionoya, Y. (Hrsg.) (2001): The German historical school: the historical and ethical approach to economics. New York: Routledge
- (2005): The soul of the German historical school: methodological essays on Schmoller, Weber, and Schumpeter. New York: Springer
- Siemes, Johannes (1972): „Karl Marx im Urteil des soziales Rechts: Zur ersten wissenschaftlichen Rezension von Marx' ‚Das Kapital‘“, in: Der Staat, 11 (3), S. 376-388
- (1975): Die Gründung des modernen japanischen Staates und das deutsche Staatsrecht: der Beitrag Hermann Roeslers. Berlin: Duncker & Humblot
- Stremmel, Ralf/Tennstedt, Florian/Fleckenstein, Gisela (Hrsg.) (2006): Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, I. Abteilung, 8. Band: Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Methodische Fallstricke der Demokratiethorie von John Stuart Mill

Hubertus Buchstein

Einleitung

In seiner *Autobiographie* spricht John Stuart Mill davon, dass sein politisches Denken und sein methodischer Ansatz besonders geprägt worden seien von Tocquevilles Buch über die Demokratie in Amerika. Die Lektüre des Amerika-Buches, so schreibt er in einer Textpassage, die er kurz nach dessen Tod verfasste, habe ihn in eine „neue Richtung“ (Mill 1873, S. 155) gelenkt, denn sie habe ihm eine Transformation „meines politischen Ideals von der reinen Demokratie ... auf die modifizierte Form derselben“ (ibid.) – gemeint ist die repräsentative Demokratie – gelehrt. Mills Beschwörung des mit Tocqueville geteilten Erkenntnisinteresses an der Beantwortung der „great questions“ (Mill 1842/1954, S. 338) ihrer Zeit hat eine wichtige methodische Komponente. In seiner *Autobiografie* hat Mill sie in einem einige Monate später geschriebenen Kapitel aufgegriffen, in welchem er die Krankheit und den Tod seines Vaters James Mill schildert. Er beschreibt darin die heilsame Wirkung, die die Lektüre des Buches von Tocqueville auf seinen Vater in dessen letzten Lebensjahr ausgeübt habe. Zwar habe James Mill das Buch von Tocqueville selektiv im Hinblick auf die Vorteile der Demokratie lesen wollen, er habe sich den Schilderungen ihrer Nachteile aber einfach nicht entziehen können. Für die „hohe Wertschätzung“ (Mill 1873, S. 164), die Tocquevilles Buch bei seinem Vater genossen habe und dessen ermunternde Effekte macht Mill in dieser Passage die Methode Tocquevilles verantwortlich, die ganz „im Gegensatz zu seiner [James Mill – H.B.] rein deduktiven Methode die Regierungsfrage ganz induktiv und analytisch behandelte“ (ibid.). Ein ähnliches Lob hatte John Stuart Mill dem Amerika-

Buch von Tocqueville bereits unmittelbar nach dem Erscheinen des zweiten Bandes gependet: „The value of his work“, so schrieb er in seiner Rezension, „is less in the conclusion than in the mode of arriving at them“ (Mill 1840/1977, S. 156). Besonders hob er in diesem Zusammenhang die intelligente „combination of deduction with induction“ (ibid.) hervor, mit der Tocqueville zu Werke gegangen sei und was auch er als sein methodisches Ideal bezeichnete.

Inwieweit ist diese klare und programatische Selbstauskunft von John Stuart Mill in Sachen Methode zutreffend? Und inwieweit gibt es einen Zusammenhang zwischen Mills Demokratietheorie auf der einen und seinem methodischen Ansatz auf der anderen Seite? Zur Beantwortung dieser beiden Fragen möchte ich im Folgenden beitragen.

*Mill als Protorepräsentant
der Methode der rationalen Rekonstruktion*

So eindeutig, wie das zitierte Lob von Mill in die Richtung von Tocqueville klingt, so kontrastiv stehen dazu die knappen Worte, die Mill für Tocqueville dort verwendet, wo es ihm tatsächlich um ernsthafte Diskussionen von Fragen der Methodologie ging. Denn hier zeigte er sich von Tocqueville deutlich weniger beeindruckt, als die eingangs zitierte Passage erwarten lässt.

Nach dem erbärmlichen Scheitern seines langjährigen Vorhabens, eine neue und starke Radikale Partei zu formieren, die den Konservativen erfolgreich die Stirn bieten sollte, investierte er all seine intellektuelle Kraft und Zeit in eine detaillierte wissenschaftliche Methodenlehre – dem 1843 in erster Auflage erschienenen umfangreichen Werk *A System of Logic* (Mill 1843a, b/1974). Das abschließende sechste Buch von *A System of Logic* trägt den Titel *On the Logic of the Moral Science* (Mill 1843c/1997). *Moral Sciences* lässt sich heute am besten mit Sozialwissenschaft(en) übersetzen. John Rawls hat diesen Teil des Buches in seiner *Geschichte der politischen Philosophie* als „Höhepunkt und Glanzstück von Mills Logic“ (Rawls 2012, S. 454) bezeichnet. In Mills detaillierten Überlegungen und Erläuterungen zur Methodologie fällt der Name Tocquevilles im Unterschied zu dem anderer Zeitgenossen, wie der des kurz zuvor verstorbenen Jeremy Benthams oder Auguste Comtes, allerdings nicht ein einziges Mal – wenn man dies als Gradmesser der tat-

sächlichen Wertschätzung des Methodischen von Mill bei Tocqueville akzeptiert, dann bleibt von dem in der Rezension gependeten Lob der Methode wenig übrig.

Mills *System of Logic* ist in den Sozialwissenschaften heute vor allem wegen seiner Darlegung der fünf methodischen Wege bekannt geblieben, wie sich die prinzipiellen Einwände von David Hume gegen das induktive Vorgehen für die Forschungspraxis relativieren ließen. Mill nimmt in dem Buch zunächst jedoch noch gar keine kategoriale Unterscheidung zwischen den Natur- auf der einen und den Moral- beziehungsweise Sozialwissenschaften auf der anderen Seite vor. Er ist gleichermaßen Empirist und Naturalist (Whitaker 1975). Eine Differenzierung von Natur- und Sozialwissenschaften nimmt Mill erst in einem späteren Schritt vor. Zunächst einmal bedürfe es für den wissenschaftlichen Fortschritt in den Sozialwissenschaften des Eingeständnisses des bisherigen methodischen Unvermögens sowie des Mutes zum radikalen methodischen Neubeginn. Mill empfiehlt als methodischen Königsweg eine sorgfältige Mischung aus Induktion und Deduktion; also letztlich genau das, was er drei Jahre zuvor in seiner Rezension an Tocquevilles Buch so positiv hervorgehoben hatte. Aber selbst an Stellen wie diesen erachtet Mill Tocqueville nicht einmal einer kurzen oder wenigstens indirekten Erwähnung für würdig (Mill 1843c/1997).

Mill verfolgt ein konsequent anti-metaphysisches Programm der Wissenschaftslehre. Ihm zufolge muss das menschliche Denken als ein natürlicher biologischer Prozess verstanden werden, das in Reaktion auf Umweltbedingungen ausgelöst und durch Training und Gewohnheit geprägt und weiter entwickelt wird. Aus diesem Grund ließen sich die „Grundsätze der Beweis- und Methodenlehre ... nicht von vornherein aufstellen. Man kann“, so Mill weiter, „die Gesetze unserer Denkkraft wie jedes anderen natürlichen Vermögens nur kennenlernen, indem man sie selbst in Tätigkeit sieht“ (ibid., S. 37). Im englischen Original lauten die letzten sechs genannten Worte kürzer „seeing the agent at work“ (Mill 1843b/1974, S. 833) und weisen in dieser Formulierung eine leichter zu erkennende Ähnlichkeit mit den Epistemologien von Hegel und Dewey auf. Indem man die menschliche Denkkraft bei ihrer Tätigkeit beobachte, gelange man zu einem auf strikter Beobachtung basierenden Wissen darüber, wie Menschen Erfahrungen machten und was sie täten, wenn sie vernünftig zu denken beanspruchten. Das „seeing the agent at work“ ist somit ein „inherently dialogical“ (Skorupski 2006, S. 10)) aus-

gelegtes Analyseprogramm, das uns dazu zwingt, verstehen zu wollen, wie andere Menschen dächten; zugleich produziere es niemals mehr als Aussagen falliblen Wissens, das permanent korrigier- und damit verbesserbar sei.

Im Hinblick auf das Verständnis der sozialwissenschaftlichen Methodenlehre von Mill kommt der Psychologie des „Assoziationismus“ eine grundlegende Rolle zu.¹ Der Assoziationismus geht von der Vorstellung einer charakterlichen *tabula rasa* eines jeden neu geborenen Menschen aus. Alle Unterschiede zwischen Menschen im Hinblick auf ihre Intelligenz und besonderen Fähigkeiten und Schwächen seien das Resultat von Assoziationen mit vorliegenden Umweltfaktoren. Alle mentalen Phänomene – wie Wahrnehmungen, Gefühle, Gedanken und Willensakte – würden durch körperliche oder andere mentale Zustände ausgelöst. Einige wenige elementare „Gesetze der Assoziation“ (Mill 1843c/1997, S. 61) könnten erklären, welche Randbedingungen welche mentalen Zustände erzeugten. Auch moralische Normen und normative Alltagsüberzeugungen seien solche mentalen Zustände und somit das Resultat gesellschaftlicher Umstände: „All experience shows that those feelings [normative Überzeugungen – d. Verf.] are eminently artificial and the product of culture“ (Mill 1852/1969, S. 179). Menschliche Wesen hätten die gleiche Fähigkeit, moralische Normen zu lernen wie sie die Fähigkeit hätten, eine Sprache zu erwerben; beides werde in Abhängigkeit von der sozialen Umwelt gelernt. Unsere moralischen Gefühle seien eine natürliche Weiterbildung unserer Anlagen – ebenso wie die anerzogene Kompetenz zu sprechen und zu denken.²

Die Gesetze der Assoziation lassen sich Mill zufolge empirisch auf dem Weg von Beobachtungen und Experimenten ermitteln. Er ist davon überzeugt, dass zumindest die grundlegenden Assoziationsgesetze bereits gefunden worden sind und es lediglich zur Erklärung komplexer mentaler Phänomene weiterführender psychologischer Forschung bedürfe. Ausgehend von diesen anthropologischen Vorüberlegungen entwirft Mill im sechsten Buch seines *System of Logic* das ambitionierte Forschungsprogramm einer Wissenschaft von der Bildung des menschlichen Charakters, der „Ethologie“, begrifflich abgeleitet vom griechischen *ethos*, was Mill mit „Charakter“ übersetzt (Mill 1843c/1969, S. 79). Diese Wissen-

¹ Zu Mills Assoziationismus und seinen Traditionen vgl. Wilson, Fred (1998).

² Zur Evolutionstheorie der Moral bei Mill vgl. Rawls (1972), S. 412.

schaft der Charakterbildung soll als eine Art Vermittlungsglied zwischen der naturwissenschaftlichen Psychologie und der Sozialwissenschaft fungieren und zugleich die empirischen Gesetze der menschlichen Charakterformierung und der darauf basierenden Verhaltensweisen erhellen. „Charakter“ ist ein Schlüsselbegriff in Mills sozialwissenschaftlichem Programm. Er fungiert zwar einerseits als wertfreier Terminus, indem er als zusammenfassende Beschreibungskategorie der jeweils von Individuen erworbenen habituellen und mentalen Dispositionen fungiert. Er ist aber andererseits insofern nicht völlig wertfrei, als Mill die Genese von individuellen Charakteren erst ab einer gewissen menschlichen Zivilisationsstufe ansetzt und „Charakterlosigkeit“ als Zivilisationsmangel identifiziert (Loizides 2013, S. 156-161). Die der Erforschung von Charakteren gewidmete Ethologie ist eine exakte und – zumindest prinzipiell – deduktiv vorgehende Wissenschaft, deren Gesetze den generellen Gesetzaussagen der Psychologie folgen. Ein jeder Charakter ist somit das Produkt von komplexen Interaktionen zwischen spezifischen Lebensumwelten und psychologischen Gesetzen der Bewusstseinsproduktion. Mill weist auch Kollektiven einen Charakter zu. Ab einer bestimmten höheren Entwicklungsstufe der Zivilisation entwickeln sich soziale Kollektive zu kulturell definierten Nationen mit einem spezifisch ausgeprägten Nationalcharakter (Buchstein/Seubert 2013, S. 245-253).

Die psychologische Theorie des Assoziationismus gestattete Mill die anthropologische Fundierung für seine Überzeugung, dass die menschliche Natur umfassend veränderbar und damit – in Abhängigkeit von günstigen sozialen Umständen – alles Potenzial für eine fortschrittliche Entwicklung in sich trägt. Der Assoziationismus bot Mill eine konzeptionelle Brücke zwischen dem uns bekannten Zustand von Gesellschaft, Politik und Charakteren und einem zukünftigen, besseren Zustand, den wir dann erreichen können, wenn es uns gelingt, die gesellschaftlichen Institutionen so zu organisieren, dass sie eine Art „virtuous spirale“ in Gang setzen, bei der sich die verbesserten Charakterformierungen der Individuen und die gesellschaftspolitischen Verbesserungen gegenseitig stützen. In seinen *Betrachtungen über die Repräsentativregierung* (1861) zählt Mill eine Reihe solcher institutioneller Verstärkungsmechanismen auf.

Mill zufolge können die von der Ethologie gefundenen Gesetze der Charakterbildung in der wissenschaftlichen Praxis keine absolute Geltung beanspruchen, sondern allenfalls den Status von „Tendenzen“ (Mill

1843c/1997, S. 114) haben. Und da die komplexen Kausalbeziehungen leicht falsch interpretiert werden könnten, sei es notwendig, die deduktiv erlangten Befunde anhand beobachtbarer Handlungsphänomene abzugleichen. Im Hinblick auf Mills methodologischen Ansatz für die Sozialwissenschaft bedeutet dies Folgendes: Prinzipiell propagiert Mill ein atomistisches Forschungsprogramm, welches die ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Phänomene im Hinblick auf die Rolle der daran beteiligten Individuen erklären können soll. Damit zählt die Sozialwissenschaft prinzipiell zu den deduktiv vorgehenden Wissenschaften, denn sie leitet ihre Aussagen aus den strikt gültigen psychologischen Gesetzen des Assoziationismus sowie den tendenziellen Gesetzen der Ethologie ab. Soziale Phänomene weisen Mill zufolge aber einen prinzipiell unüberwindbaren Grad an Komplexität und Interdependenz auf (ibid., S. 116). Als Konsequenz aus dieser Überlegung nimmt Mill zwei in unterschiedliche Richtungen zielende methodologische Weichenstellungen vor. Zum einen rekurriert er auf Auguste Comte (ibid., S. 113ff.) und propagiert für die praktische sozialwissenschaftliche Forschung eine Erweiterung des deduktiven Ansatzes um induktiv vorgehende historische Analysen und um induktiv gewonnene Generalisierungen. Zum anderen schlägt er für andere Sachbereiche des Sozialen eine methodologische Engführung vor, indem er die Konstruktion von Modellen anregt, in denen die Vielfalt menschlicher Handlungsmotivationen zugunsten einer einzigen bewusst ausgeblendet wird. Mill wählt diesen Weg insbesondere im Bereich der Politischen Ökonomie, deren Modellen er im Sinne heutiger Rational Choice-Theorien das individuelle Gewinnstreben aller Akteure zugrunde legt. Solche Modelle sind Mill zufolge solange zur Erklärung sozialen Handelns sinnvoll, wie man sich gewahr bleibe, dass es künstliche Modellkonstruktionen sind, die offen für Veränderungen ihrer Voraussetzungen bleiben.

Mill zielte in seinem *System of Logic* letztlich auf eine empirisch basierte Theorie der Entwicklung der Gattung Mensch. Er wollte damit auf methodischer Ebene die Möglichkeit einer universellen Theorie der (Zivilisations-)Geschichte, der (Industrie-)Gesellschaft und der (demokratischen) politischen Entwicklung begründen. Was ihm dabei inhaltlich vorschwebte, hatte er bereits sieben Jahre zuvor in dem Artikel *Zivilisation – Zeichen der Zeit* in programmatischer Form skizziert: einen Grundriss für eine umfassende Entwicklungsgeschichte der Menschheit von ihrem Beginn bis zum (damals heutigen) Zeitalter der Industrialisie-

rung (Mill 1836/2013). An dieser grundlegenden Vorstellung hielt Mill lebenslang fest. Seine Schriften zu so verschiedenen Themen wie Ökonomie, Religion, Kolonialismus, Freiheit, Sozialismus oder Frauenemanzipation sind im Kern nicht mehr, aber auch nicht weniger als Ausbuchstabierungen und Unterfütterungen seiner Überzeugung vom bisherigen und zukünftigen Verlauf der menschlichen Geschichte. Als Triebkraft der Fortschrittsentwicklung identifizierte Mill ein ebenso allgemeines wie grundlegendes Interesse aller Menschen, ein besseres Leben führen zu wollen. Dabei ging Mill nicht von friedlichen Automatismen aus, sondern hatte ein durchaus konflikttheoretisches Verständnis der historischen Entwicklung, das in seinen Fortschrittsannahmen von den zeitgenössischen liberalen Historikern aus Frankreich geprägt worden war.

Mills Grundüberzeugung über die menschliche Fortschrittsentwicklung und seine Methodologie stabilisieren sich gegenseitig. Denn in methodischer Hinsicht analysierte er die zeitgenössischen sozialen und politischen Phänomene und Veränderungen gleichsam durch eine Beobachtungslinse, der eine eindeutige normative Ausrichtung eingraviert ist: dem Fortschritt der Spezies Mensch zu weniger Leid und zu mehr Glück. Die von der Menschheit angestrebte Zukunft lag für Mill in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der alle Menschen die Möglichkeit haben werden, sämtliche ihrer Potenziale, über die sie als Gattungswesen verfügten, zu realisieren. Seine Metapher für ein solches Leben ist in *Über die Freiheit* das von Wilhelm von Humboldt übernommene Bild eines auf einer Wiese stehenden Baumes, der unbehindert in alle Richtungen wachsen kann (Buchstein/Geisler 2013, S. 13ff.). Mill zufolge bewegt sich die gesellschaftliche Entwicklung auf einen Zielpunkt zu, den er in den *Principles of Political Economy* als „stationary state“ skizziert und der große Ähnlichkeiten zu heutigen Visionen einer „Postwachstumsgesellschaft“ hat. Es ist ein Gesellschaftszustand, in dem auf jedes weitere wirtschaftliche Wachstum verzichtet werden kann und in dem die Menschen die produzierten materiellen Güter fair untereinander verteilen und zudem genügend Muße und Interesse haben, sich in der gewonnenen Zeit umfassend kulturell zu betätigen und sich an der von ihnen verschonten Natur zu erfreuen (Mill 1848/1965, S. 745-751). Einen solchen zukünftigen Idealzustand vor Augen, nimmt Mill im Blick auf zeitgenössische gesellschaftliche Phänomene die Rolle eines Beobachters ein, der sich in der privilegierten Position befindet, die besonders wichtigen Ereignisse der zeitgenössischen Gesellschaft und Politik im Kontext

der universalen Menschheitsgeschichte identifizieren und bewerten zu können. Mill rekonstruiert vergangene und gegenwärtige gesellschaftspolitische Ereignisse von der Warte einer antizipierten progressiven Zukunft. Dadurch sieht er sich auch berechtigt, im Namen des ungehinderten Entwicklungsganges der Menschheitsgeschichte eindeutig zwischen „schlechten“ und „guten“ menschlichen Wünschen und Vorlieben zu unterscheiden und damit auch eine Sortierung von „regressiven“ und „progressiven“ gesellschaftlichen Tendenzen vorzunehmen.

Auch wenn Mill nach seinen zitierten Worten die Vorzüge eines Wechselverhältnisses von deduktiven und induktiven Verfahrensweisen zu schätzen wusste, neigt sich die Waage bei ihm eindeutig zur rational deduktiven Methode und weniger zur empirisch induktiven Methode. Obwohl Mill jahrzehntelang für die East Indian Company arbeitete und in seinen Schriften diverse Empfehlungen für die britische Indienpolitik gab, war er nicht ein einziges Mal in Indien und soll sogar auch nicht ein einziges Mal mit einem Inder überhaupt auch nur gesprochen haben (Buchstein/Geisler 2013, S. 26). Das Gleiche gilt für Nordamerika. Niemals hat er den amerikanischen Kontinent betreten, was ihn aber nicht davon abhielt, dezidiert zu Fragen der Innenpolitik in Kanada und den USA Stellung zu beziehen. Von frühester Kindheit an dazu erzogen, Schlüsse abstrakt abzuleiten, basierte Mill seine eigenen Überlegungen ausschließlich auf den Berichten, Berechnungen und Erfahrungen anderer.

Mills Forschungsprogramm entspringt der Überzeugung, dass die menschliche Natur umfassend veränderbar und somit – in Abhängigkeit von günstigen sozialen Umständen – das Potenzial für eine fortschrittliche Entwicklung ist. Mill beschreibt die Geschichte der Menschheit als eine progressive Folge von Entwicklungsstufen, deren Verlauf erst im rekonstruktiven Blick angemessen bewertet werden kann. Zugleich könne diese Entwicklung von der Warte einer antizipierten progressiven Zukunft aus positiv beeinflusst werden. Mill optiert für eine Beschleunigung des historischen Fortschritts mittels kluger politischer und sozialer Reformen.

Aus heutiger Perspektive kann Mill mit seinem methodologischen Selbstverständnis als ein Protorepräsentant eines Ansatzes in der Politischen Theorie angesehen werden, der unter dem Titel „Rekonstruktive Politische Theorie“ firmiert und der seit einigen Jahren wieder an Interesse und Bedeutung gewonnen hat. Vor allem Jürgen Habermas und

Axel Honneth haben diesem Ansatz zuletzt wichtige Impulse gegeben.³ In der Rekonstruktiven Politischen Theorie wird der Versuch unternommen, die sozialen Bedingungen der Möglichkeit bestimmter politiktheoretischer Äußerungen systematisch aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive zu entfalten. Rekonstruktive Politische Theorien betten ihre Argumentationen in umfassende gesellschaftstheoretische Überlegungen ein, sie identifizieren evolutionäre Etappen und Fortschritte und sie sind in einem explanatorischen Stil gehalten. Politische Problemdefinitionen, politische Vokabulare und normative politische Positionen werden als Bausteine eines gesamtgesellschaftlichen Evolutionsprozesses verstanden. Eine derart informierte Politikwissenschaft setzt sich als Aufgabe, derartige Zusammenhänge in systematischer Weise zu rekonstruieren. Aus diesem Grund reklamiert sie einen herausgehobenen epistemischen Status. Sie beansprucht, etwas anderes – und zwar mehr – zu liefern als die Äußerung von politischen Überzeugungen oder Mitteilung von politischen Erfahrungen. Der Rekurs auf Erfahrungswissen ist zwar wichtig, aber dessen Gehalte müssen wissenschaftlich generiert und richtig einsortiert werden.⁴

Moderne Gesellschaft, moderne Demokratie

Mill gilt in der Ideengeschichtsschreibung als einer der wichtigsten Verfechter der Theorie der repräsentativen Demokratie. Intensiv setzte er sich dabei mit dem Problem angemessener Repräsentation und dem Wahlrecht auseinander. Vor dem Hintergrund seines methodischen Ansatzes lässt sich auch sein argumentatives Vorgehen als Demokratietheoretiker deutlicher nachzeichnen.

Mill diskutiert demokratietheoretische Fragen zuerst im Rahmen der Wahlrechtsnovellierungen des *Great Reform Act*, dessen Durchsetzung

³ Zur neueren Debatte über die ‚Rekonstruktive Politische Theorie‘ vgl. Pedersen, Jørgen (2009), Gaus, Daniel (2013).

⁴ Zu den bedeutendsten Vertretern der ‚Rekonstruktiven Politischen Theorie‘ in dem mir skizzierten Sinne gehörten im 20. Jahrhundert John Dewey, die Autoren der frühen und mittleren Phase der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule oder auch Niklas Luhmann. In den gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Theorie-Debatten gehören Jürgen Habermas, Axel Honneth und in der Politikwissenschaft Rainer Schmalz-Bruns zu den prominentesten Verfechtern eines solchen Ansatzes.

die englische Öffentlichkeit um 1830 stark beschäftigte (Buchstein/Geisler 2013, S. 39) Auf dieser Grundlage formuliert er mehrere Reformvorschläge, die er zusammenfassend und nach jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit dem Thema in den *Betrachtungen über die Repräsentativregierung* 1861 veröffentlicht. Mill sieht keine absehbare Alternative zu einer repräsentativen Form von Demokratie, verbindet diese Einsicht aber mit einem dezidiert reformerischen Anspruch. Vor allem ist ihm an einem ausgewogenen Verhältnis zweier einander gegenüberstehenden Ideale gelegen: die Sicherung einer rationalen Repräsentation durch „gute“, gebildete Mandatsträger einerseits und eine größtmögliche Integration der breiten Bevölkerung in den politischen Prozess andererseits. Seine Forderungen einer gleichzeitig elitären wie inklusiven Struktur gründen sich auf folgende Überlegungen: In Auseinandersetzung mit Jeremy Bentham's Vorstellung einer „pure representative democracy“ fürchtet Mill den starken politischen Einfluss der schlecht gebildeten Bevölkerungsmehrheit und die mittelmäßigen Politikergebnisse durch mangelnde Urteilskraft. Deswegen hält er eine stärkere Vertretung „intellektuell Höherstehender“ für gerechtfertigt (Mill 1843c/1997, S. 146). Gleichzeitig erkennt er das paternalistische Potenzial dieser Überlegung und fordert den Schutz aller Bevölkerungsschichten vor den „sinistren“ Interessen der herrschenden Klasse (ibid., S. 137ff.). Darüber hinaus – und hier schlägt seine entwicklungstheoretische Grundeinstellung durch – ist er von der erzieherischen Funktion politischer Beteiligung überzeugt. Erst durch den Zugang zu Wahlen und öffentlicher Betätigung seien die Menschen überhaupt in der Lage, politische Urteilskraft zu entwickeln. Mill schätzt die politische Erziehung als einen der wichtigsten Zwecke von Regierungsformen ein.

Mills Vorstellung einer idealen Repräsentativregierung beinhaltet eine generelle Bildungsexpansion mit dem Anspruch, die Gegensätzlichkeit einer allgemeinen, gleichberechtigten politischen Partizipation mit der gleichzeitigen Bevorzugung der Gebildeten zu versöhnen. Hierzu setzt er an verschiedenen Stellen an. (1) Die Auswahl geeigneter Abgeordneter, die aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer Klugheit und nicht aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten gewählt werden sollten, solle zum einen mittels einer Novellierung der Wahlkreiseinteilung und zum anderen über die Befreiung der Kandidaten von den Wahlkampfkosten erreicht werden (Buchstein/Geisler 2013, S. 36). Dabei sollten Wahlkreise kleiner ländlicher Gemeinden, in denen noch die Präsenz mächtiger Großgrundbe-

sitzer vorherrsche, zusammengelegt und mit den so frei werdenden Sitzen eine gerechtere Verteilung für die stärker anwachsenden Städte angestrebt werden. (2) Die staatliche Übernahme der Wahlkampfkosten gebe zum einen finanzschwachen, aber talentierten Politikern die Chance zur Kandidatur und befreie das politische System zudem von dem Verdacht, plutokratisch strukturiert zu sein (ibid.). (3) Die Einführung eines Mehrstimmenrechtes, bei dem sich die Anzahl der Stimmen eines Wählers nach seinem Bildungsgrad richte, solle außergewöhnlich begabten und gebildeten Bürgern einen größeren Einfluss garantieren (Mill 1843c/1997, S. 140-145 und S. 194f.). Mill schwebt dabei das Abhalten freiwilliger Prüfungen vor, bei denen Wähler Zertifikate erhalten könnten, die sie zu weiteren Stimmabgaben berechtigten. (4) Kompromisslos lehnt Mill ein imperatives Mandat für gewählte Abgeordnete, die aus dieser „Qualitätssicherung“ hervorgingen, ab. Es sei einleuchtend, so Mill, dass diese Personen, die dem „Durchschnittswähler“ geistig überlegen seien, in der Regel klügere Entscheidungen treffen könnten und deswegen nicht an die Mehrheitsmeinung gebunden sein sollten (ibid., S. 191). (5) Dem Vorwurf des elitären Paternalismus, der eine altruistische Handlungsmaxime der „Gelehrten“ stillschweigend voraussetze, aber nicht garantieren könne, begegnet Mill mittels weiterer „Schraubstellen im Reformkasten“ und mit einem für ihn typischen Optimismus bezüglich gesellschaftlicher Regulationsfähigkeit. Er fordert das allgemeine Wahlrecht, für Männer wie Frauen, unter der Voraussetzung, dass diese zur Zulassung die Minimal Kriterien des Lesens, Schreibens und des Rechnens erfüllten. (6) Schließlich solle die Einführung eines personalisierten Verhältniswahlrechtes, bei dem Mill Anleihen beim Hareschen Wahlverfahren macht,⁵ die Interessenvertretung von Minderheiten garantieren.

Diese Vorschläge spiegeln die Grundüberzeugung Mills wider, nach der in einem idealen Repräsentativsystem allen denkbaren gesellschaftlichen Stimmen und Argumenten die Möglichkeit einer Anhörung verschafft werden müsse. Die Überlegung, die er in *On Liberty* ausführlich formuliert, ist die der Notwendigkeit eines pluralistischen Wettstreits der

⁵ Thomas Hare (1806-1891) war Mathematiker, Wahlreformer und Autor des *Treatise on the Election of Representatives. Parliamentary and Municipal* (London 1861).

besten Argumente,⁶ durch die die besten Resultate für den gesellschaftlichen Fortschritt ermittelt werden könnten (Mill 1859/1991). Dazu bedürfte es eines streitbaren Parlamentes, in dem Angehörige aller Schichten ihre Argumente in Debatten vortragen könnten und einer Öffentlichkeit gebildeter Bürger, die die Gesetzgebungsprozesse gleichsam kommentierend und prüfend verfolge. In dem Maße, in dem die Abgeordneten sich öffentlich für ihr politisches Handeln rechtfertigen müssten, werde dem Bürger sein politisches Einflussvermögen bewusst, und er werde durch dieses erwachende Interesse auch in der Lage sein, die Rationalität der getroffenen Beschlüsse zu bewerten und anzuerkennen.

Mill betont darüber hinaus das Potenzial lokaler Institutionen, praktische politische Erfahrung zu ermöglichen. Weil das Prestige nicht so hoch sei wie auf nationaler Ebene und kommunale Ämter „von den höheren Schichten gewöhnlich nicht oft angestrebt“ würden, könnten sich viele Bürger unterer Schichten in diese wählen lassen. „In dieser Position haben sie als Vertreter öffentlicher Interessen zu handeln, zu denken und zu sprechen und können das Denken nicht ganz durch Vertreter besorgen lassen“ (Mill 1843c/1997, S. 230). Neben der Möglichkeit, ein Gemeindeamt zu übernehmen, sieht Mill auch in der Schöffengerichtsbarkeit eine Chance, sich in politischer Urteilskraft zu üben. Mill hat die Vorstellung von Lokalpolitik als einer Schule, in der politisches Denken und Handeln gelernt werden könne. Er legt damit den Fokus auf die geistige Emanzipation der Bevölkerung durch eine aktive Beteiligung, die über die Wahlakklamation hinausgehen müsse. Die Form soll Mill zufolge auch auf lokaler Ebene der des repräsentativen Parlamentarismus entsprechen; der Zugang zu den kommunalen „Unterparlamenten“ könne aber viel direkter, soll heißen, permeabler und inklusiver gestaltet werden. Auch sieht Mill in den Institutionen lokaler Selbstverwaltung ein Mittel gegen einen allzu starken Regierungszentralismus. Er nimmt in dieser Frage aber eine pragmatische Position ein und beurteilt zentralistische Verfahren abhängig von ihrer Effizienz (Buchstein/Geisler 2013, S. 43).

Besonders markant ist Mills Stellungnahme zur damals heftig umstrittenen Frage, ob die Stimmabgabe durch die Wähler geheim oder öffentlich erfolgen sollte. Für ihn hatte die Auseinandersetzung mit

⁶ Nadia Urbinati (2003) sieht Mill deswegen auch als Vordenker der deliberativen Demokratietheorie.

dem geheimen und öffentlichen Stimmrecht lebenslang eine zentrale Bedeutung. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte er zusammen mit seinem Vater James Mill und Jeremy Bentham zu den „Philosophical Radicals“ gehört, die sich in England für eine Ausweitung des Wahlrechts und die Geheimwahl engagierten. Er war davon überzeugt, dass es nur eine Frage von wenigen Jahren sei, bis in England das geheime Wahlrecht durchgesetzt sei. In einem Brief an Tocqueville versicherte er diesem zu Beginn des Jahres 1837: „You will soon see the ballot a cabinet measure & then reform will have finally triumphed; the aristocratic principle will be completely annihilated“ (Mill 1837/1963, S. 317). Diese von Mill geäußerte Prognose erwies sich indes als falsch. Die britische Regierung weitete das Stimmrecht nur sehr zögerlich aus und machte keine Anstalten, die Geheimwahl einzuführen.

Das Thema Geheimwahl wurde in den 1840er und 1850er Jahren immer wieder neu auf das politische Tapet gebracht. Nun aber, in den späten 1850er Jahren, wurde Mill zu einem der bekanntesten und einflussreichsten Verteidiger der offenen Stimmabgabe und von seinen ehemaligen Mitstreitern als Verräter gebrandmarkt. „If James Mill could have anticipated that his son John Stuart would preach so abominable a heresy,“ so schrieb sein ehemaliger Kapagnenkamerad für das geheime Wahlrecht, Francis Place, 1868, „he would have cracked his skull“ (zit. Nach Reeves 2007, S. 315).

Ausführlich legte Mill seine Argumente 1861 in den *Considerations on Representative Government* dar.⁷ Der grundlegende Fehler der geheimen Wahl, so lautet seine Kritik, bestehe in dem fatalen psychologischen Effekt, dass sie dem Wähler suggeriere, „das Stimmrecht sei für ihn gegeben, für seinen besonderen Brauch und Vorteil“ (Mill 1843c/1997, S. 166). Demgegenüber sieht er im Stimmrecht ein von der politischen Gemeinschaft dem einzelnen Wähler „anvertrautes Gut“ (ibid.). Man könne nicht erwarten, dass jemand das allgemeine Wohl in Erwägung ziehe, wenn er Gebrauch von seinen Staatspapieren mache; das gleiche gelte für die politische Wahl, wenn sie ein schlichtes „Recht“ sei. Die für politische Gemeinschaften notwendige Gemeinwohlorientierung gerate erst dann ins Blickfeld, wenn die Wahlpraktiken selbst sicherstellten, dass Wählen nicht als individuelles Recht, sondern als öffentliche Pflicht kon-

⁷ Zu den unterschiedlichen Facetten der Argumentation Mills in der zeitgenössischen Debatte vgl. Buchstein, Hubertus (2000), S. 573-679.

zipiert sei. Die Stimmabgabe müsse deshalb „unter dem kritischen Auge der Öffentlichkeit“ erfolgen (ibid., S. 168). Die Öffentlichkeit fungiert in dieser Argumentation als eine Art Schule der politischen Moral. Neben seinem grundsätzlichen Argument für das öffentliche Stimmrecht führt Mill in seinen *Betrachtungen* aber auch Erwägungen an, die für die geheime Stimmabgabe sprechen. Geheimes Votieren sei in solchen Situationen gerechtfertigt, in denen die öffentliche Stimmabgabe den Wähler nicht dem Publikum der anderen Staatsbürger, sondern „einer mächtigen Person“ gegenüber verantwortlich mache (ibid.). In solchen Fällen klarer sozialer Abhängigkeit und „wenn die willkürliche Macht der Wenigen über die Vielen zunimmt“, erweise sich das Schutzinstitut der geheimen Stimmabgabe als „besonders ... angebracht“ (ibid.).

Die argumentative Brücke für Mills Plädoyer für die offene Stimmabgabe besteht darin, dass er in der neueren gesellschaftspolitischen Entwicklung Englands diese direkten persönlichen Abhängigkeiten immer mehr verschwinden sieht. Und mit den progressiven sozialen Umbrüchen erledigten sich zugleich auch die Gründe, die für die geheime Wahl angeführt werden könnten und erlangten diejenigen, die für die öffentliche Stimmabgabe sprächen, das Übergewicht. So sei der direkte äußere Einfluss auf die Wähler durch Knechtschaft, Pacht und Miete in England seit einigen Jahrzehnten in stetiger Abnahme begriffen: „In den fortgeschrittensten Staaten des neuzeitlichen Europas und namentlich in diesem Land ist die Möglichkeit, auf den Wähler politischen Druck auszuüben, zurückgegangen und nimmt weiter ab“ (ibid., S. 169).

Mills Position lässt sich somit folgendermaßen zusammenfassen: Die öffentliche Abstimmung habe den Wähler schon immer gezwungen, sich für sein Wahlverhalten zu rechtfertigen. Dank der Modernisierung Englands sei der Adressat dieser öffentlichen Rechtfertigungen aber nicht länger eine sozial herrschende Klasse, sondern das gesamte Publikum der Mitbürger. Die öffentliche Stimmabgabe wird auf diese Weise in Mills Augen zu einem integralen Bestandteil der modernen Demokratie.

Mills Eintreten für das öffentliche Votum ist nicht nur von vielen seiner Zeitgenossen kritisiert worden, sondern wird aufgrund der offensichtlich repressiven Konsequenzen einer öffentlichen Stimmabgabe für große Teile der Wählerschaft auch in der heutigen Politischen Theorie

mit guten Gründen zurückgewiesen.⁸ Im Vergleich zu Mill hatte Karl Marx in seinen Beobachtungen der englischen Wahlpraxis einen sehr viel klareren Blick auf die sozialen und politischen Machtverhältnisse und darauf, wie sehr die öffentliche Stimmabgabe den Interessen der Mächtigen in die Hände spielte (Marx 1852/1972). Es gibt einen Hinweis darauf, dass Mill seine eigene Position selbst nicht immer ganz geheuer war; Richard Reeves zitiert in seiner Mill-Biografie aus einem Traumprotokoll Mills an Harriet Taylor aus dem Jahre 1854: „I was disputing about the ballot with Calhoun, the American, of whom in some strange way I had become the brother – & when I said that the ballot was no longer necessary, he answered ‚it will be not necessary in heaven, but it will be always be necessary on earth‘.“⁹ Solcher gelegentlichen Skrupel ungeachtet, setzte Mill sich in der politischen Öffentlichkeit aber unverdrossen weiterhin für die Beibehaltung des öffentlichen Stimmrechts in England ein.

Schluss: Demokratietheorie und Methode

Mill erscheint die repräsentative Form der Volkssouveränität für moderne Gesellschaften alternativlos. Er ist dabei aber kein Vertreter einer klassischen Elitentheorie, sondern befürwortet eine möglichst breite Beteiligung aller Bürger auf kommunaler Ebene. Er fordert zum einen bestimmte Gütekriterien, die die Repräsentanten erfüllen müssen, und geht zum anderen von der Notwendigkeit der politischen „Aktivierung“ des Bürgers aus. Es lässt sich bei ihm auch die Überzeugung einer starken Wirkmächtigkeit öffentlicher Debatten beobachten, sowohl in ihrer Kontrollfunktion den Parlamentariern gegenüber als auch in ihrer Funktion, Bürger „dialektisch“ zu schulen und bei ihnen politisches Interesse zu wecken. Konsequenter im Rahmen seiner entwicklungsgeschichtlichen Annahmen ist Mill davon überzeugt, mittels einer Vielzahl kleiner Reformen positiv auf den gesellschaftlichen Fortschritt einwirken zu können. Seine reformerischen Stellschrauben zielen in erster Linie auf die

⁸ Zur Kritik an Mill in dieser Frage vgl. Urbinati (2003), S. 106-122; Lever (2007), S. 354-378 und Buchstein, Hubertus (2015), S. 17-52.

⁹ Notiz von John Stuart Mill an Harriet Taylor, 1854. Zit. nach Reeves (2007), S. 317.

Optimierung des Auswahlprozesses von Politikern und das Ermöglichen breiter politischer Partizipation unter Wahrung eines bestimmten Bildungsniveaus und den Schutz verschiedener pluralistischer Interessen.

Der Einfluss der methodologischen Einstellung auf die inhaltlichen Komponenten seines demokratiepolitischen Reformprogramms wird besonders deutlich bei einem vermeintlich formalen Detail, nämlich der Positionierung in der zeitgenössischen Kontroverse über das öffentliche und geheime Stimmrecht. Denn Mill integrierte seine Überlegungen in ein umfassendes Entwicklungsmodell der menschlichen Geschichte, in eine vom Assoziationismus geprägte Anthropologie sowie eine spezifische Diagnose der im zeitgenössischen England bereits erlangten Stufe der gesellschaftlichen Modernisierung. Das letztlich entscheidende Argument für sein Plädoyer für die offene Stimmabgabe findet sich im zivilisatorischen „upgrade“ seiner Diagnose der englischen Gesellschaft. Sein Argumentationsgang erfolgt im Modus einer rekonstruktiven Gesellschaftstheorie: Während die englische Gesellschaft in den 1830er Jahren eine ausgeprägte Klassengesellschaft gewesen sei, habe sie sich seit den 1850er Jahren zu einer offeneren Gesellschaft weiter entwickelt, bei der es kaum mehr möglich sei, einzelne Wähler unter Druck zu setzen, um ein bestimmtes Abstimmungsverhalten zu erzwingen. Dank des in England erfolgreichen gesellschaftspolitischen Modernisierungsprozesses müssten sich Wähler demnach nicht mehr gegenüber den sozial Privilegierten rechtfertigen, sondern vor der gesamten Wählerschaft, was sie zu einer Erweiterung ihrer moralischen Perspektive veranlasse. Zugleich habe die englische Gesellschaft, Mill zufolge, einen enormen Schritt in Richtung Abbau von Vorurteilen und Irrationalität getan. In einem derart veränderten sozialen Kontext setzt Mill auf die positiven psychologischen Effekte öffentlicher Rechtfertigungszwänge.

Sicher, Mill ist im Hinblick auf die Frage nach den angemessenen Methoden der Sozialwissenschaft ambitioniert, kreativ, explizit und rigide und damit im Hinblick auf die aktuellen Diskussionen über die Rekonstruktive Politische Theorie besonders anschlussfähig für die gegenwärtige Politikwissenschaft. Wenn wir demgegenüber jedoch die Frage stellen, inwieweit er damals – und auch aus heutiger Sicht: denken wir nur an die Möglichkeit von Online-Wahlen – im Hinblick auf die nicht unwichtige Frage öffentliches oder geheimes Stimmrecht in der Sache „recht“ hatte, dann gelangt man zu einem gegenteiligen Befund. Dann nämlich kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Mill

primär aus der inneren Logik seines rekonstruktiven Ansatzes heraus zu seinem Plädoyer für das öffentliche Stimmrecht veranlasst wurde. Dieser Befund lädt zur Formulierung eines Paradoxons ein, das dem von Mill fälschlicherweise als methodologischen Paten vereinnahmten Alexis de Tocqueville vermutlich gefallen hätte: Sozialwissenschaftler, die ihre Arbeit mit einem hohen methodischen Aufwand betreiben, produzieren zuweilen weniger Einsichten, als Sozialwissenschaftler, denen nachgesagt wird, dass sie noch nicht einmal über eine „richtige“ sozialwissenschaftliche Methode verfügen.

Literaturhinweise

- Buchstein, Hubertus (2000): Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie, Baden-Baden: Nomos-Verlag
- Buchstein, Hubertus (2015): „Public Voting and Political Modernization“, in: Jon Elster (Hrsg.), *Secrecy and Publicity in Votes and Debates*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 17-52
- Buchstein, Hubertus/Geisler, Antonia (2013): „Ein Intellektueller im politischen Handgemenge“, Vorwort zu: John Stuart Mill, *Liberale Gleichheit. Vermischte politische Schriften*, Berlin: Akademie-Verlag, S. 13-15
- Gaus, Daniel (2013): „Rationale Rekonstruktion als Methode der politischen Theorie zwischen Gesellschaftskritik und empirischer Politikwissenschaft“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 54. Jg., S. 231-255
- Hare, Thomas (1861): *Treatise on the Election of Representatives. Parliamentary and Municipal*. London: Longman, Green, Longman and Roberts
- Lever, Annabelle (2007): „Mill and the Secret Ballot. Beyond Coercion and Corruption“, in: *Utilitas*, Vol. 19, S. 354-378
- Loizides, Antis (2013): *John Stuart Mill's Platonic Heritage. Happiness through Character*, Lanham: Lexington Books
- Marx, Karl (1852/1972): „Die Wahlkorruption“, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 8, 2. Auflage, Berlin: Dietz Verlag, S. 351-357
- Mill, John Stuart (1836/2013): „Zivilisation – Zeichen der Zeit (1836)“, in: *Liberale Gleichheit. Vermischte Politische Schriften*, hg. v. Hubertus Buchstein und Antonia Geisler, Berlin: Akademie-Verlag, S. 73-99
- Mill, John Stuart (1837/1963): *Brief an Tocqueville vom 7. Januar 1837*, in: Mineka, Francis E. (Hrsg.), *The Collected Works of John Stuart Mill*, Bd. 13: *The Earlier Letters of John Stuart Mill 1812-1848, Part I*, Toronto: Toronto University Press, 1963, S. 317

- Mill, John Stuart (1840/1977): *De Tocqueville on Democracy in America*, in: John M. Robson (Hrsg.), *John Stuart Mill, Collected Works*, Bd. 18 Toronto: Toronto University Press, S. 153-204
- Mill, John Stuart (1842/1954): *Brief an Tocqueville vom 9. August 1842*, in: Alexis de Tocqueville, „Correspondance Anglaise“, in: *Œuvres complètes*, Tome 4, Paris: Gallimard
- Mill, John Stuart (1843a/1974): *A System of Logic Ratiocinative and Inductive*, Part 1, in: John M. Robson (Hrsg.), *John Stuart Mill, Collected Works*, Bd. 7. Toronto: Toronto University Press
- Mill, John Stuart (1843b/1974): *A System of Logic Ratiocinative and Inductive*, Part 2, in: John M. Robson (Hrsg.), *John Stuart Mill, Collected Works*, Bd. 8. Toronto: Toronto University Press
- Mill, John Stuart (1843c/1997): *A System of Logic Ratiocinative and Inductive*, 6. Buch, deutsche Ausg. u.d. Titel *Zur Logik der Moralwissenschaften*, übers. und hrsg. v. Arno Mohr, Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann
- Mill, John Stuart (1848/1965): *Principles of Political Economy*, hg. v. William Ashley, New York: A.M. Kelley
- Mill, John Stuart (1852/1969): „*Whewell on Moral Philosophy*“, in: John M. Robson (Hrsg.), *The Collected Works of John Stuart Mill*, Bd. 10: *Essays on Ethics, Religion, and Society (Utilitarianism)*, Toronto: Toronto University Press
- Mill, John Stuart (1859/1991): *On Liberty*, deutsch u.d. Titel *Über die Freiheit*, übers. v. Bruno Lemke, Stuttgart: Reclam
- Mill, John Stuart (1861/2013): *Considerations on Representative Government*, deutsch u.d. Titel: *Betrachtungen über die Repräsentativregierung*, hrsg. v. Hubertus Buchstein und Sandra Seubert, Berlin: Suhrkamp
- Mill, John Stuart (1873/2011): *Autobiographie*, übers. v. Jean-Claude Wolf, Hamburg: Meiner
- Pedersen, Jørgen (2009): „*Habermas' Method. Rational Reconstruction*“, in: *Philosophy of Social Sciences* Vol. 38, S. 457-485
- Rawls, John (1972): *Geschichte der politischen Philosophie*, Berlin: Suhrkamp, 2012.
- Reeves, Richard (2007): *John Stuart Mill – victorian firebrand*. London: Atlantic Books
- Skorupski, John (2006): *Why Read Mill Today?* New York: Routledge
- Urbinati, Nadia (2003): *Mill on Democracy. From the Athenian Polis to Representative Government*, Chicago: University of Chicago Press
- Whitaker, John K. (1975): „*John Stuart Mill's Methodology*“, in: *Journal of Political Economy* Vol. 83, S. 1033-1050
- Wilson, Fred (1998): „*Mill on Psychology and the Moral Sciences*“, in: John Skorupski (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Mill*. Cambridge: Cambridge University Press

Zu den Autorinnen und Autoren

Michael *Aßländer*, Prof. Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., geb. 1963, apl. Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik am Internationalen Hochschulinstitut der Technischen Universität Dresden in Zittau. 2005 bis 2010 Stiftungsprofessur für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Universität Kassel. Publikationen u.a. *John Stuart Mill, Kleinere Schriften zur Politischen Ökonomie* (zus. mit H. Nutzinger und D. Birnbacher), 2014; *John Stuart Mill, Grundsätze der Politischen Ökonomie*, 2016; *Philosophie der Arbeit* (zus. mit Bernd Wagner), 2017.

Dieter *Birnbacher*, Prof. Dr. Dr. h.c., geb. 1946, Professor für Philosophie i. R. an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Herausgeber von *Mill, Utilitarismus*; *Mill, Essays über Religion*; Mitherausgeber von *Mill, Schriften zur Politischen Ökonomie in fünf Bänden/Kleinere Schriften zur Politischen Ökonomie: 1844-1879*, 2 Bde., Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Utilitarismusstudien.

Richard *Bräu*, geb. 1938 in Stettin, Studium der Philosophie, Soziologie und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Promotion 1967, Habilaspirantur in St. Petersburg (Leningrad) 1973/74, Habilitation 1976. Von 1963-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1976 o. Professor für Philosophie an der Universität Greifswald. Hauptforschungsgebiet Kultur- und Bildungssoziologie, dazu entsprechende Publikationen. Veröffentlichungen u.a. *Alfred Weber-Gesamtausgabe (1997-2000)* und *Lujo Brentano-Edition in 4 Bänden (2004-2008)*.

Karl-Heinz *Brodbeck*, Prof. Dr. rer. pol., geb. 1948, Professor i.R. an der FH Würzburg und der Hochschule für Politik, seit 2016 Lehrbeauftragter an der Cusanus-Universität Bernkastel-Kues. Publikationen u.a. *Produktion, Arbeitsteilung und technischer Wandel (1981)*; *Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie (1998)*; *Die Herrschaft des Geldes (2009)*; *Säkulare Ethik (2015)*.

Hubertus *Buchstein*, Prof. Dr., geb. 1959, seit 1998 Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. Publikationen zur Modernen Demokratietheorie, Geschichte der Politikwissenschaft, Theorie Politischer Verfahren sowie zur Politischen Ideengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Hans *Diefenbacher*, apl. Prof. Dr., geb. 1954, stellv. Leiter des Instituts für interdisziplinäre Forschung/Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, apl. Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Veröffentlichungen u.a.: *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften*, Mainz 1998 [mit Richard Douthwaite]; *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*, Darmstadt 2001; *Zwischen den Arbeitswelten – der Übergang in die Postwachstumsgesellschaft*, Frankfurt 2016 [mit Oliver Foltin, Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Rike Schweizer und Volker Teichert].

Philippe *Gillig*, geb. 1981, Ökonom und Philosoph, Assistenzprofessor an der Fakultät der sozialen Wissenschaften, Universität Strassbourg; Forscher am Bureau d'économie théorique et appliquée, CNRS Master in Philosophie und Masters in Volkswirtschaft an der Universität Paris 1, PhD in Volkswirtschaft an der Universität Strassbourg (2014). Publikationen: *Marx's critique of 'eternal' political economy: How Mill is alien to Marx's attacks*, in: *European Journal of the History of Economic Thought* 23 (3), 2016, pp. 378-399; *Economic non-intervention and military non-intervention in John Stuart Mill's thought*, in: *War in the History of Economic Thought*, hrsg. von Annalisa Rosselli und Yukihiro Ikeda, Routledge (Routledge Studies in the History of Economics), 2018, pp. 100-114.

Jonas Christian *Göbel*, geb. 1991, Bachelor of Arts, Student im Master Business Ethics & CSR-Management am IHI Zittau der TU Dresden, Bachelor in Philosophie und Germanistik an der Universität Heidelberg.

Jan Lukas *Görnemann*, geb. 1991, Bachelor of Arts, Student im Master Business Ethics & CSR-Management am IHI Zittau der TU-Dresden, Bachelor in Philosophie und Politikwissenschaften an der Universität Osnabrück.

Karen *Horn*, Dr., geb. 1966, Lehrbeauftragte für die Geschichte des ökonomischen Denkens an der Universität Erfurt und Chefredakteurin der ökonomischen Fachzeitschrift „*Perspektiven der Wirtschaftspolitik*“, Studium der Volkswirtschaftslehre in Saarbrücken und Bordeaux, Promotion an der Université de Lausanne, Bücher: *Moral und Wirtschaft* (1996), *Roads to Wisdom, Conversations with Ten Nobel Laureates in Economics* (2009), *Die Soziale Marktwirtschaft* (2010), *Hayek für jedermann* (2013).

Hans G. *Nutzinger*, Prof. Dr., geb. 1945, emeritierter Hochschullehrer, Studium der Volkswirtschaftslehre, der Wirtschaftsgeschichte und der Mathematik an der Universität Heidelberg (1964-1969), dort auch Diplom (1968), Promotion (1973) und Habilitation (1976). Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Theorie öffentlicher und privater Unternehmen an der Universität Kassel (1978-2010). Zahlreiche Buch- und Aufsatzpublikationen in den Bereichen Mitbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung, Ökonomie und Ethik, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, Ökologische Ökonomie sowie Geschichte des ökonomischen Denkens, zuletzt in Kooperation mit Michael Aßländer und Dieter Birnbacher die fünfbändige Textauswahl „*John Stuart Mill: Ökonomische Schriften*“, Marburg 2014-2016.

Christoph *Schmidt-Petri*, Dr., geb. 1975, Wiss. Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie, Studium von Philosophie und Volkswirtschaftslehre an der London School of Economics, Promotion (2005) zu John Stuart Mills Utilitarismus ebendort, Stipendiat des Arts and Humanities Research Boards und des Royal Institutes of Philosophy (Jacobsen Fellow). Vorher u.a. an den Universitäten Glasgow, Witten/Herdecke und Regensburg tätig. Mitherausgeber der *Ausgewählten Werke von John Stuart Mill* im Murmann Verlag, Veröffentlichungen zu Moral- und Politischer Philosophie, Bioethik und Wissenschaftstheorie in Fachzeitschriften und Sammelbänden (u.a. in *Philosophical Quarterly*, *Philosophy of Science*, *Journal of Value Inquiry*).